

Region

Ein kleiner Eingriff ins Gesetz, der für Ärger sorgen wird

Die Regierung will die Tourismusfinanzierung vereinfachen. Statt Gästetaxen sollen neu auch Pauschalen möglich sein. Bereits melden sich die ersten Kritiker zu Wort.

von Olivier Berger

Nur zwei Monate nach der geplanten Blitzrevision des kantonalen Gesetzes über die Gemeinde- und Kirchensteuern (Ausgabe vom Freitag) will die Bündner Regierung ein weiteres Mal Hand ans gleiche Gesetz legen. Wie bei der Revision in der Dezembersession geht es auch im Februar kommenden Jahres um die Bündner Gäste. Gestern hat die Regierung mitgeteilt, eine neue Beherbergungsabgabe einführen zu wollen.

Die Abgabe soll die heutige Gästetaxe ersetzen. Vereinfacht gesagt, werden Hotels und Ferienwohnungen damit nicht mehr nach tatsächlich erfolgten Übernachtungen besteuert, sondern nach ihrer Kapazität. Die Hotels sollen die Abgabe laut der Botschaft der Regierung nach Zimmerzahl entrichten, die Ferienwohnungsbesitzer nach der Nettowohnfläche. Steuerpflichtig wären nicht mehr die Gäste, sondern ihre Gastgeber.

Einfacher und sicherer

Von der Einführung der Beherbergungsabgabe verspricht sich die Regierung eine Vereinfachung der Verfahren; es müsste nicht mehr jede einzelne Übernachtung separat abgerechnet werden. Gleichzeitig will die Regierung Schlupflöcher schliessen: Schummeln bei der Gästeabgabe wäre mit der Bemessung nach Zimmerzahl oder Fläche unmöglich.

Allerdings will die Regierung im Gesetz lediglich die Grundsätze für die Beherbergungsabgabe regeln. Den Gemeinden bleibt damit selber überlassen, ob sie zum neuen System wechseln oder die bisherigen Gäste-taxen beibehalten wollen. Nicht berührt von der neuen Abgabe sind die in einzelnen Gemeinden bestehenden Tourismusförderungsabgaben. Diese bleiben weiter bestehen.

Das Geld aus der Beherbergungs-abgabe muss zwingend in touristische Projekte fliessen. Neu will die Regierung die Gemeinden und Tourismusorganisationen dazu zwingen, die Mittelverwendung offenzulegen. Dies diene der Transparenz, schreibt die Regierung. Das sei «aus dem Blickwinkel der Zweitwohnungseigentümer eine vertrauensbildende Massnahme».

«Man sieht uns als Milchkühe»

Bei den Zweitwohnungsbesitzern hält sich die Begeisterung über die geplante neue Abgabe bisher allerdings in engen Grenzen. «Man verfolgt konsequent die Absicht, möglichst viele Ausgaben auf die Zweitwohnungsbesitzer abzuwälzen», sagt der Zürcher Jurist Roland Jost. Jost war als Delegierter der verschiedenen kantonalen Interessengemeinschaften der Zweitwohnungseigentümer in einem Begleiteteam zur Erarbeitung der neuen Abgabe gesessen.

Josts Begeisterung über die Abgabe hat die Teilnahme an den Sitzungen nicht zu wecken vermocht. «Die Gemeinden sehen uns Zweitwohnungseigentümer immer mehr als Milchkühe», sagt er. «Offenbar hat man die traditionelle Freundschaft zwischen Einheimischen und Stammgästen aufgekündigt.» Damit spielt Jost auch auf Gerichtsurteile jüngerer Datums an (Ausgabe vom 11. November).

Was sagt die Hotellerie?

Für den Churer Grossrat Rudolf Kunz kommt der Unmut der Zweitwohnungsbesitzer nicht überraschend. Seine Partei habe die Botschaft der Regierung zwar noch nicht diskutiert, sagt der Steuerexperte der FDP Graubünden. «Es gibt aber tatsächlich noch offene Fragen.» Diese betreffen nicht nur die Eigentümer von Zweitwohnungen, sondern auch die Hotellerie. «Die Besteuerung nach Fläche und Zimmerzahl war schon bei der an der Urne gescheiterten Tourismusabgabe ein Streitpunkt», sagt Kunz. «Hier könnte es erneut Widerstände geben.»

Ernst Wyrsch, Präsident der Bündner Sektion des Branchenverbands Hotellerie-suisse, begrüsst die Vorlage der Regierung allerdings. Das geplante neue System sei «praktikabel und glaubwürdig», so Wyrsch. Der oberste Bündner Hotelier begrüsst ausserdem ausdrücklich, dass die Gemeinden grösstmögliche Freiheit bei der Festlegung ihrer Abgaben erhalten.

Ohne Vernehmlassung

Bereits im Vorfeld der gestrigen Veröffentlichung hat die geplante Gesetzesrevision beim Bündner Hauseigentümerverband (HEV) für Missstimmung gesorgt. Der HEV hatte laut Geschäftsführer Reto Nick vom zuständigen Finanzdepartement eine Vernehmlassung anstelle des erwähnten Begleitetams gefordert. «Das hat das Departement aber abgelehnt», sagt Nick.

Der HEV stört sich unter anderem an der Bemessung der Abgabe an der Fläche der Wohnungen, wie Nick betont. Diese berücksichtige beispielsweise den Ausbaustandard der Liegenschaften nicht. Zudem sei die Revision momentan «nicht notwendig».

Region

Kommentar

Das gefährliche Spiel ums Geld

Im Tourismus muss dringend Geld her. Nur will keiner zahlen.

Ein Kommentar von Olivier Berger, Redaktor

Es ist verflixt. Immer weniger Gäste in Graubünden stellen immer höhere Ansprüche. Zwar schrumpfen die Logiernächtezahlen, den verbliebenen Touristinnen und Touristen soll aber möglichst viel geboten werden – vom beheizten Sessel am Lift bis zum grosszügigen Hallenbad. Die Gemeinden, Bergbahnen und Hotels müssen deshalb laufend investieren, ohne dass neues Geld hereinkommen würde. Folgerichtig werden jene stärker zur Kasse gebeten, die überhaupt noch da sind.

Gerade im Fall der Zweitwohnungsbesitzer sorgt das zunehmend für Unmut. Anders als früher machen sie die Faust längst nicht mehr nur im Sack, sondern sie ziehen im Zweifelsfall auch einmal vor Gericht – oder machen ihrer Empörung in Leserbriefen und einschlägigen Foren Luft.

Wenn ein Vertreter der Zweitwohnungsbesitzer das Gefühl hat, die Freundschaft zwischen Einheimischen und Stammgästen sei aufgekündigt worden, ist das alarmierend. Schliesslich ortet jede Studie der Welt in den Eigentümerinnen und Eigentümern von Zweitwohnungen ein grosses Potenzial für die Bündner Orte und Talschaften. Nach der Meinung der Experten sollten sie umworben werden, nicht verärgert.

Die von der Regierung jetzt vorgeschlagene Einführung einer Beherbergungsabgabe ist keine neue Steuer – sie träte an die Stelle der bisherigen Gästetaxen. Trotzdem könnte sie der Tropfen sein, der das sprichwörtliche Fass zum Überlaufen bringt. Der Grosse Rat muss im Februar kommenden Jahres deshalb sorgsam mit der Thematik umgehen. Das Image des «Abzockerkantons», das Graubünden droht, könnten ein paar Steinbock-Filmchen nicht so schnell beheben.